Erscheint täglich früh 6½ Uhr.
Redaction und Expedition Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter d. Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 289. Dienstag den 16. October 1877. 71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nachdem die Erörterung derjenigen Anträge und Einsprüche, welche bei dem unterzeichneten Commissar in Bezug auf den für Berichtigung der Parthe zwischen Schönefeld und Leipzig aufgestellten Plan angebracht worden sind, stattgefunden hat, werden die Betheiligten andurch in Gemäßheit des §. 5 des Gesetzes vom 15. August 1855 und § 15 der dazu gehörigen Ausführungsverordnung geladen, behufs Kenntnißnahme von dem Ergebnisse der bezüglichen Erörterungen und weiterer Verhandlung

Freitag, den 2. November d. J., Vormittags 10 Uhr

im kleinen Saale der Königlichen Kreishauptmannschaft hier vor dem Unterzeichneten sich einzufinden.

Leipzig, den 15. October 1877.

Der Königliche Commissar für Berichtigung der Parthe zwischen Leipzig und Schönefeld.
Regierungsrath Dr. Fischer.

Bekanntmachung.

Der Fleischer Herr **Louis Friedrich Rothe** hier beabsichtigt in dem am Ranstädter Steinwege unter Nr. 69 gelegenen Grundstücke, Nr. 2031 des Flurbuchs und Fol. 1299 des Grund- und Hypothekenbuchs für die Stadt Leipzig, **eine Schlächterei für Kleinvieh** zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen und längstens am

30. October 1877

bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, am 13. October 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel

Wegen Reinigung bleiben die Expeditionslocale des Standesamtes **Donnerstag, den 18. und Freitag, den 19. d. M.** von Mittags 12 Uhr an geschlossen.

Leipzig, den 15. October 1877.

Das K. S. Standesamt.
Director Julius Burckhardt.

Aerztlicher Bezirksverein der Stadt Leipzig.

Sitzung Dienstag, den 16. October 1877, Abends 6 Uhr, im Saale der Alten Waage. **Tagesordnung.** I. **Geschäftliche Mittheilungen** und **Bericht** über den **Nürnberger Aerztetag.** II. Berathung der **vorläufigen** Tagesordnung für die **Plenarversammlung** des **Land.-Med.-Coll.** III. **Anträge** für die **Kreisvereins-Ausschusssitzung** (Hebammenkalender, ärztl. Landesausschuss, Oeffentlichkeit der Plenarversammlung d. L.-Med.-Coll.) IV. **Neuwahl** eines **Vorstandes.**

Dr. Heinze.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Kirchenvorstandsordnung hat die Hälfte der Kirchenvorstandsmitglieder unserer Parochie demnächst auszuscheiden, und hat eine **Ergänzungswahl** durch die Kirchengemeinde stattzufinden.

Stimmberechtigt zu solcher Wahl sind alle selbstständigen Männer evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben, verheirathet oder nicht, mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unehrbaren Lebenswandel öffentliches, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Aergerniß gegeben haben, oder von dem Stimmrechte bei den Wahlen der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind.

Wer von seinem Stimmrechte Gebrauch machen will, hat aber vorerst sich **anzumelden.** Solche Anmeldungen können ebensowohl **schriftlich** als **mündlich** gemacht werden.

Die Anmeldungen zu der bevorstehenden Ergänzungswahl werden

von Montag den 15. bis Sonnabend den 20. u. Montag den 22. dfs. Monats von 9—11 Uhr Vormittags und von 2—4 Uhr Nachmittags

in der **Sakristei** der **Thomaskirche** angenommen.

Schriftliche Anmeldungen, bei welchen genau anzugeben sind 1) Vor- und Zuname, 2) Stand, Gewerbe u. s. w., 3) Geburtstag und Jahr, 4) Wohnung, werden vom 15. bis 22. dfs. Mts. zu jeder Tagesstunde vom Pfarramt zu St. Thomä angenommen.

Noch bemerken wir, daß zu der Thomaskirche folgende Straßen und Plätze der Stadt eingepfarrt sind:

Alexanderstraße, Alter Amtshof, Kleine Burggasse, Burgstraße, Central-, Colonnaden-, David-, Dorotheen-, Elster-, Erdmanns-, Harkort-, Hauptmannstraße, Kleine Gasse, Klostergasse, Königsplatz, Markt, Marschner-, Mendelssohnstraße, Moritz-, Moschelesstraße, Mühlgasse, Münzgasse, Obstmarkt, Peterskirchhof, Peterssteinweg, Petersstraße, Plagwitzer Straße, An der Pleiße, Pleißenburg, Pleißengasse, Preußergäßchen, Promenadenstraße, Roßplatz Nr. 1—11, Rudolphstraße, Schillerstraße, Schloßgasse, Schreberstraße, Schrötergäßchen, Schulstraße, Sebastian Bach-Straße, Sporergäßchen, Sternwartenstraße, Thomaskirchhof, Thomasgäßchen, Turnerstraße, Ulrichsgasse, An der Wasserkunst, Weststraße, Wiesenstraße, Windmühlengasse, Windmühlenstraße 1—15 und 29—51, Zimmerstraße.

Wir fordern hiermit die evangelisch-lutherischen Einwohner der hiermit bezeichneten Stadttheile auf, sich innerhalb genannter Frist, und spätestens bis mit dem 22. October anmelden zu wollen, und ersuchen dieselben um zahlreiche Ausübung dieses für die Selbstverwaltung der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde belangreichen Rechtes.

Leipzig, am 11. October 1877.

Der Kirchenvorstand zu St. Thomä.
D. Lechler.

Bekanntmachung.

Die Universitäts-Bibliothek ist während des Wintersemesters Dienstag und Freitag Nachmittags von 2—4 Uhr, an den übrigen Tagen früh von 11—1 Uhr (das Lesezimmer früh von 10—1 Uhr) geöffnet.

Leipzig, den 15. October 1877.

Die Direction der Universitätsbibliothek.
Dr. Krehl

Leipzig, 15. October.

Gestern sind in Frankreich die Würfel gefallen. Der Wahlkampf, auf dessen Ausgang alle Welt mit Spannung wartete, ist entschieden. Ein endgültiges Resultat liegt noch nicht vor; doch läßt sich dasselbe aus den Nachrichten, die bisher eingelaufen sind, annähernd errathen. Die Depeschen lauten:

Paris, 15. October früh 3 Uhr. Bis jetzt sind 158 Wahlen bekannt, davon sind 107 Republikaner, 47 Conservative, 4 Stichwahlen werden erforderlich sein. Unter den 107 Republikanern sind 102, die zu den 363 der Linken der aufgelösten Kammer, unter den 47 Conservativen 27, die zu den 158 der Rechten der aufgelösten Kammer gehörten. Fourtou ist wiedergewählt mit 4000 Stimmen Majorität. In Ajaccio siegte Haußmann gegen Jerome Napoleon mit 4000 Stimmen Majorität.

Paris, 15. October, früh 5 Uhr. Nunmehr sind 235 Wahlen bekannt, davon 161 Republikaner und 71 Conservative und 4 Stichwahlen. Bisher verloren die Republikaner 24 Wahlsitze an die Conservativen, letztere 10 Wahlsitze an die Republikaner.

Paris, 15. October. Das Seine-Departement wählte alle von den Republikanern aufgestellten Candidaten, ausgenommen der achte Wahlbezirk, wo mit 6336 gegen 5341 Stimmen Louchard gewählt wurde. Denfert erhielt 9894, Rousset 5638, Grevy 12,376, Daguin 5942, Tirard 9301, Jacomy 7173 Stimmen. Brelay wurde mit 10,620 gegen 2371 Stimmen, welche auf verschiedene Candidaten fielen, gewählt; Louchard's Gegencandidat im 8. Wahlbezirk de la Forge erhielt 5341 Stimmen. Von den übrigen Gewählten erhielten Contagrel, Allain-Targé, Brisson, Barodet, Germain-Casse ohne erheblichen Wahlkampf die Majorität.

Diese Nachrichten sind hocherfreulich. Sie lassen die Republikaner in einem bedeutenden Vorsprung erscheinen und stellen einen glänzenden Sieg derselben über die freiheits- und friedensfeindlichen Anschläge der klerikalen Mac-Mahonisten in Aussicht. Wir müssen uns für heute mit dieser Andeutung begnügen und eine eingehendere Betrachtung bis zu dem Augenblicke vertagen, in welchem dieser Sieg als eine vollendete und unzweifelhafte Thatsache vor uns stehen wird. Dies wird hoffentlich schon morgen der Fall sein.

Zu den mancherlei curiosen Widersprüchen, in denen sich unsere Fortschrittspartei bewegt, gehört auch der, daß sie häufig mit einem gewissen Pathos das Prädicat der Reichsfreundlichkeit in Anspruch nimmt, während sie doch Nichts thut, um es zu verdienen, ja sogar gern mit den ausgesprochenen Feinden des Reiches liebäugelt, seine Freunde aber kräftigst in den Staub zieht. Im vorigen Winter hat nach einer Mittheilung, die uns damals zuging, einer der fortschrittlichen Führer, Herr Adv. Francke, in offener Versammlung seine Bereitschaft erklärt, in politischer Beziehung mit den Socialdemokraten Hand in Hand zu gehen. Herr Adv. Francke hat bisher nicht Gelegenheit genommen, jene so überaus reichsfreundliche Erklärung von sich abzuweisen oder zu widerrufen; er ist nach wie vor Führer der Partei, die ihren Sprecher nicht corrigirt hat, also wohl mit ihm einverstanden ist. Jedes Feuer will aber seine Nahrung haben, und damit das Feuer der fortschrittlich-socialistischen Liebe nicht erkalte, hat nun auch ein anderer „Führer", Herr Findel, in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung den Socialisten Herz und Hand angeboten. Herr Findel legte der Versammlung (die übrigens in den weiten Räumen der „Gambrinushalle" tagte) einige Thesen vor, in denen es hieß:

Die Initiative zu einer Vereinigung oder Verständigung muß von der nationalliberalen Partei ausgehen als von der stärkeren und z. B. von der Fortschrittspartei abgefallenen (sic!), soll anders die Bürgschaft einer inneren Umkehr (sic!) gegeben sein.

Wenn ein Zusammengehen aller wahrhaft Liberalen, d. i. der für die Wahrung der Volksrechte, für Herbeiführung des Rechtsstaats und für humane Gestaltung der socialen Verhältnisse, wie für die moderne Weltanschauung Kämpfenden nicht erzielt wird, muß die deutsche Fortschrittspartei bei künftigen Wahlen sich mit der socialdemokratischen Partei behufs gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Bekämpfung aller reactionären Elemente verständigen.

Herr Findel ließ über seine Thesen nicht abstimmen; bekämpft aber wurden sie unseres Wissens auch nicht, und da der Herr Thesenmacher zugleich Vorsitzender der Versammlung war, so läßt sich wohl annehmen, daß diese gegen den Inhalt der Thesen Nichts einzuwenden hatte. So weit also, ihr Herren, ist es mit euch gekommen. In öffentlicher Versammlung, ganz ungenirt, ohne Widerspruch von Seiten eurer Genossen zu finden, sprecht ihr von einem Bündniß der Fortschrittspartei mit der Socialdemokratie, mit einer Partei, die ehrlich heraussagt, daß sie das Reich haßt, daß sie es zertrümmern will, daß sie ihm wie aller Nationalität unversöhnlichen Krieg geschworen. Und dennoch seid ihr erstaunt, verletzt, empört, wenn man eure Reichsfreundlichkeit anzweifelt. Wo ihr nur könnt, bekrittelt ihr das Reich, kehrt ihr mit galligem Spott seine Fehler heraus; ein freundliches Wort über das Reich, ein Wort des Dankes, der Zufriedenheit, der Aufmunterung hat man nie von euch Schwarzmalern gehört. Und dennoch wollt ihr Reichsfreunde sein? „Erkläret mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur!"

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 15. October.

Die Absicht des Grafen Eulenburg, seinen Rücktritt zu nehmen, steht im engsten Zusammenhange mit der noch immer nicht gehobenen Kanzlerkrisis vom letzten April. Man erinnert sich, daß Fürst Bismarck einer Anzahl seiner Collegen — und darunter in erster Reihe auch dem Grafen Eulenburg — privatim und auf dem Wege der Presse Mangel an Initiative und Arbeitskraft, sowie an verständnißvollem Eingehen auf seine wirthschaftlichen Ideen vorgeworfen hat. Jetzt, bei Gelegenheit der Vorberathung jener Vorlagen, welche dem preußischen Landtage zu unterbreiten sind, platzen die Gegensätze in Bezug auf die Selbstverwaltungs-Gesetze wieder auf einander. Fürst Bismarck insbesondere bekämpft jede Vorlage, welche den ultramontanen und socialdemokratischen Elementen den Anhalt bieten könnte, sich das neue Selfgovernment nutzbar zu machen. Graf Eulenburg mußte den Widerspruch des Fürsten Bismarck gegen eine noch weiter gehende Herabsetzung des Census in der Städteordnung über sich ergehen lassen, verbarg aber seine Ueberzeugung nicht, daß die alte Städteordnungs-Vorlage ebensowenig wie die jetzt als Nothbehelf beschlossene Novelle zur Städteordnung des Jahres 1853 in der preußischen Kammer durchzudrücken sein werde. Jedenfalls traute er sich die dazu erforderliche Kraft und den dazu nöthigen Einfluß nicht zu. Dieses Gefühl der Erkenntniß seines geringen parlamentarischen Einflusses und dessen Mißverhältniß zu der ihm angesonnenen Vertheidigung einer schwerlich volksthümlichen Vorlage hat denn wohl schließlich auch den Rücktrittsgedanken zur Reife gebracht, der dadurch nicht ins Wanken zu bringen war, daß der Reichskanzler, gewissermaßen als Compensation für die conservative Städteordnungs-Novelle, die Ausdehnung der Kreisordnung auf die westlichen Provinzen, allerdings unter gewissen Veränderungen, anbot. Mit diesem Angebot, welches den Abschluß und Ausbau der Selbstverwaltungsgesetze in Sicht stellt, scheint sich Fürst Bismarck zu getrauen, ein Compromiß in diesen Fragen mit der Landtagsmehrheit zu Stande zu bringen. Deshalb soll denn auch die Novelle, welche in Aussicht steht, nicht nur das in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen gültige Competenzgesetz, sondern auch das Gesetz über die Organisation der Kreise und der Provinzen ergänzen.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Die in mehreren Blättern wiederkehrende Behauptung, daß die Verwaltungsreform sistirt sei, entspricht grundsätzlich und thatsächlich nicht den im Staatsministerium gefaßten Beschlüssen; im Gegentheil war unter allen Ministern, mit Einschluß des Fürsten Bismarck, volles Einverständniß darüber, daß die Reform auf den bisherigen Grundlagen Schritt vor Schritt fortzuführen sei. Als solcher Schritt ist die beabsichtigte Novelle zur Städteordnung entschieden anzusehen, da sie eben die Ausdehnung der wesentlichen Grundlagen der Reform auf die Städte zum Zweck hat." Die „Post" schreibt: „Mehrere Blätter haben mitgetheilt, daß Fürst Bismarck keineswegs die Sistirung der Verwaltungsreform, sondern nur ein vorsichtiges Vorgehen bei derselben wolle. — Er sei nicht gegen die Ausdehnung der Kreis- und Provinzialordnung auf weitere Provinzen, jedoch mit der erforderlichen Modification, er sei aber für jetzt gegen den Erlaß einer neuen Städteordnung. — Nach unserer Kenntniß können wir diese Angaben nur bestätigen. Woran, wie wir glauben, gedacht wird, ist zunächst bei der Uebertragung der bisherigen Reformgesetze auf weitere Provinzen eine Modification dieser Gesetze, welche dann allgemein Platz zu greifen hätte, also auch in den fünf Provinzen, wo die Gesetze jetzt schon gelten. — Diese Modification wird hauptsächlich als eine Vereinfachung zu denken sein. — Unerläßlich ist somit, daß man wenigstens die Doppelinstanz von Bezirksräthen und Provinzialräthen beseitigt, daß man die provinzielle Selbstverwaltung auf die Eigenthumsverwaltung durch den Provinzialausschuß und die Provinzialversammlung beschränkt, die Theilnahme an den Regierungsfunctionen aber nur den Bezirksräthen beläßt. Wir erinnern daran, daß für die Beschränkung der provinziellen Organe auf die Verwaltung ihres communalen Eigenthums die Stimme v. Forckenbeck's im Herrenhause eingetreten ist. Männer aus allen Parteien haben über die Verschwendung den Kopf geschüttelt, mit der man aus verschiedenen unklaren Tendenzen heraus in der Provinzialordnung die Selbstverwaltungsorgane übereinander gethürmt hat. Der Hintergedanke des Herrn Miquél und seiner Freunde war die Auflösung des preußischen Staats in große, bundesstaatlich autonome Provinzen, während Graf Eulenburg mit „unverwüstlichem bon sens" die Unentbehrlichkeit der Regierungsbezirke vertheidigte und dieselben rettete. Wir haben ferner gesagt, die Steuerreform hätte dem Ausbau der Selbstverwaltung vorangehen müssen, darin liegt nicht das Verlangen, daß man das bisher Begonnene vollständig einreiße und nach der Steuerreform wieder ganz von vorn anfange. Allerdings aber ist unsere Meinung, daß an eine neue allgemeine